

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Europa und Internationales

**zu der Mitteilung des Ministeriums der Justiz und für Europa
vom 18. Oktober 2019
– Drucksache 16/7153**

Bericht über aktuelle europapolitische Themen

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung des Ministeriums der Justiz und für Europa vom 18. Oktober 2019 – Drucksache 16/7153 – Kenntnis zu nehmen.

06. 11. 2019

Der Berichterstatter:

Peter Hofelich

Der Vorsitzende:

Willi Stächele

Bericht

Der Ausschuss für Europa und Internationales beriet öffentlich die Mitteilung des Ministeriums der Justiz und für Europa, Drucksache 16/7153, in seiner 31. Sitzung am 6. November 2019.

Vorsitzender Willi Stächele wies darauf hin, die Mitteilung Drucksache 16/7153 werde am 14. November 2019 in der 104. Sitzung des Landtags von Baden-Württemberg nochmals beraten.

Minister Guido Wolf führte aus, im Moment richteten sich alle Augen auf Großbritannien. Alle hofften, dass dort durch die jetzt anstehenden Ereignisse ein bisschen Ruhe einkehre. Allein ihm fehle der Glaube. Er sei am Donnerstag, den 7. November 2019, in seiner Rolle als Vorsitzender des EU-Ausschusses des Bundesrats gemeinsam mit anderen Mitgliedern des EU-Ausschusses des Bundesrats in Berlin zu einem Gespräch beim britischen Botschafter eingeladen, bei dem dieser vermutlich auch eine Einschätzung der aktuellen Lage vortrage.

Das Zweite, was massiv umtreibe, sei der Mehrjährige Finanzrahmen. Das Projekt schiebe sich und schiebe sich. Die neue Kommission werde frühestens am 1. Dezember 2019 ins Amt kommen. Darauf werde im Moment nach wie vor gesetzt. Aber auch das sei noch nicht endgültig sicher. Eine Einigung zum Mehrjährigen Finanzrahmen noch im Jahr 2019 sei unrealistisch. Die Bundeskanzlerin – so

Ausgegeben: 13. 11. 2019

1

sei zu hören – strebe nun eine politische Einigung im ersten Halbjahr 2020 unter kroatischer Präsidentschaft an. Es sei aber auch nicht auszuschließen, dass sich die finale Entscheidung in das zweite Halbjahr 2020 und damit in die deutsche Ratspräsidentschaft schiebe. Dann müsste Deutschland als ehrlicher Makler auftreten. Die Durchsetzung deutscher Interessen wäre damit deutlich schwerer.

Nach wie vor gebe es großen Widerstand gegen potenzielle Kürzungen. Tatsache sei, dass die EU durch den Austritt Großbritanniens weniger Geld zur Verfügung habe. Dieses Weniger an Finanzmasse könne und müsse einerseits durch Einsparungen und andererseits gegebenenfalls durch höhere Leistungen der EU-Staaten ausgeglichen werden. Großen Widerstand gebe es bei der GAP und der Kohäsion. Die auch von Baden-Württemberg gewünschte Verlagerung hin zu Innovation, Migration, Sicherheit und Verteidigung könnte dann deutlich geringer ausfallen. Da sei noch viel möglich.

Es sei auch klar, dass sich durch den verspäteten Abschluss der Beratungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen auch ein verspäteter Beginn der neuen Förderperiode ergebe. Dies mache Übergangsregelungen erforderlich. Probleme seien insbesondere bei Erasmus + und der Forschungsförderung zu erwarten, da die Mittel hierfür bereits Ende 2020 ausliefen und danach ein neues Programm mit den entsprechenden Finanzmitteln starten müsse. Alles, was sich dann an Schwierigkeiten, an Unwägbarkeiten ergebe, sei nach seiner Einschätzung nicht unbedingt geeignet, die Akzeptanz der Menschen für Europa, europäische Abwicklung und europäische Bürokratie zu erhöhen. Es werde dann alles eher etwas schwieriger.

Streitpunkt sei nach wie vor der tatsächliche Beitrag der einzelnen EU-Länder. Nettozahler bestünden weiterhin auf 1,0 % des BIP. Es gebe Mitgliedsstaaten, die den Kommissionsvorschlag von 1,11 % des BIP unterstützten. Andere forderten sogar 1,3 %. Stand heute verhandle die Bundesregierung auf Basis von 1,0 %. Somit gebe es einen Verhandlungsspielraum nach oben. Wo dann letztlich eine Einigung erzielt werde, sei nicht abschätzbar.

Hinsichtlich der Personalentscheidungen für die Kommission seien die ursprünglich von Ungarn, Rumänien und Frankreich vorgeschlagenen Kandidaten in der ersten Runde vom Europaparlament abgelehnt worden. Rumänien habe mittlerweile zwei neue Kandidaten benannt. Bezüglich der Kandidaten von Ungarn, Rumänien und Frankreich sei noch keine Zustimmung erfolgt. Das koste noch Zeit. Davon hänge auch ab, ob die neue Kommission tatsächlich am 1. Dezember 2019 ins Amt kommen könne.

Vor Kurzem hätten die Schweizer Parlamentswahlen zu politischen Veränderungen geführt. Die SVP bleibe trotz größerer Verluste die stärkste Kraft. Verluste hätten auch die SP und die FDP zu verzeichnen, während die Grünen und Grünliberalen Gewinne eingefahren hätten. Die CVP habe ihr früheres Ergebnis mehr oder weniger halten können. Ein solches Wahlergebnis bilde sich nach dem Schweizer System nicht sofort in der Zusammensetzung der Regierung ab. Insofern werde sich zunächst einmal an der Zusammensetzung der Regierung nur Unwesentliches ändern. Aber natürlich gehe es hier für Schweizer Verhältnisse schon um einen deutlichen politischen Veränderungsprozess. Denn wie im September auf seiner Delegationsreise in die Schweiz, an der auch der Vorsitzende und einige Mitglieder des Ausschusses für Europa und Internationales teilgenommen hätten, zu hören gewesen sei, werde in der Schweiz schon von deutlichen Veränderungen gesprochen, wenn sich nur ein, zwei Prozentpunkte verschöben.

Diese Reise habe im Übrigen gezeigt, dass Baden-Württemberg gut beraten sei, die Kontakte zur unmittelbaren Nachbarschaft zu pflegen. Bei den Gesprächen sei u. a. das Institutionelle Rahmenabkommen zwischen der Europäischen Union und der Schweiz im Vordergrund gestanden. Ob dieses tatsächlich zustande komme, sei noch nicht absehbar. In der Schweiz gebe es innerhalb der SVP und von Gewerkschaftsseite erhebliche Vorbehalte gegen das Rahmenabkommen. Andererseits sei auf der EU-Seite zu spüren, dass die Bereitschaft, sich auf Kompromisse einzulassen, im Moment sehr reduziert sei, weil mit Blick auf das, was sich absehbar mit Großbritannien abspiele, keine Präzedenzfälle geschaffen werden sollten.

Vorsitzender Willi Stächele brachte seine Verwunderung zum Ausdruck, dass Rumänien gleich zwei Kandidaten vorgeschlagen habe.

Minister Guido Wolf erklärte, das hänge damit zusammen, dass angestrebt werde, die neue EU-Kommission zu einigermaßen gleichen Teilen mit Männern und Frauen zu besetzen und als Ersatz für die ausgeschiedene Kommissionskandidatin Frankreichs ein Mann nominiert worden sei.

Abg. Dr. Bernd Grimmer AfD bat um Auskunft, wie genau es zu verstehen sei, dass ausweislich der Mitteilung Drucksache 16/7153 Europabildung ein zentraler Schwerpunkt der künftigen deutschen Ratspräsidentschaft 2020 werden solle. Ihn interessiere, ob EU-weite EU-Lern- und -Lehrziele angestrebt würden, und, wenn ja, in welcher Form und mit welchen Inhalten. Überdies interessiere ihn, ob dafür Fördermittel der EU oder des Bundes eingesetzt würden und ob eine Kollision mit dem föderalen System in Deutschland gesehen werde, insbesondere mit Artikel 104 b des Grundgesetzes, der erst vor Kurzem geändert worden sei. Er fragte, wie das Ganze mit Blick auf eine politische Neutralität an den Schulen, die nach deutschen Grundsätzen gegeben sein sollte, zu bewerten sei.

Minister Guido Wolf erläuterte, die politischen Ziele der Kommission seien zunächst sehr allgemein gehalten. Nach seinem Verständnis sei es das Ziel und das Anliegen der Kommission, vor allem die junge Generation mit europäischen Zusammenhängen stärker zu konfrontieren. Das könne über unterschiedliche Ansätze erfolgen. Zum einen sei eine Verstärkung des europäischen Austausches, etwa über Erasmus +, vorstellbar. Es sei aber auch möglich, europapolitische Lehrinhalte in den Schulen mehr zu betonen. Nach seinem Eindruck müsse dieses politische Ziel jetzt erst einmal auf die unterschiedlichen Möglichkeiten, die Menschen – nicht nur die junge Generation, sondern alle Generationen – verstärkt mit europäischen Entwicklungen und Zusammenhängen zu befassen, heruntergebrochen werden. Dies geschehe ein Stück weit ergebnisoffen. Selbstverständlich seien die Bildungsinhalte aber proeuropäisch ausgerichtet.

Was die Frage nach Konkurrenzsituationen oder Eingriffen in andere Zuständigkeiten betreffe, sei darauf hinzuweisen, dass sich Europa immer dann einbringe, wenn es um grenzüberschreitende Fragen, um Fragen der Zusammenarbeit zwischen benachbarten europäischen Ländern gehe. Immer dann gebe es eine europäische Dimension oder einen europäischen Mehrwert. Auch das solle offenkundig im Rahmen dieser Bildungsangebote erweitert werden. Seines Erachtens werde die Kommission die Überschrift der europäischen Bildung nach und nach noch mit ganz konkreten Ansätzen unterlegen.

Vorsitzender Willi Stächele dankte dem Minister, dass dieser bei seiner Reise in die Schweiz auch Parlamentarier mitgenommen habe. Es sei sehr wichtig, dass das Parlament an diesen Beziehungen dranbleibe.

Einvernehmlich empfahl der Ausschuss für Europa und Internationales dem Plenum, von der Mitteilung Drucksache 16/7153 Kenntnis zu nehmen.

13. 11. 2019

Hofelich